



Stadt Fürstenau

Bebauungsplan Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" -III. Änderung-


Präambel

Aufgrund des § 2 Abs. 1 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) ~~und der §§ 56, 97 und 98 der Nieders. Bauordnung (NBauO) i.d.F. vom 06.06.1986 (Nds. GVBl. S. 157) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i.d.F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.1987 (Nds. GVBl. S. 214)~~ hat der Rat der Stadt Fürstenau den Bebauungsplan Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" -III. Änderung-, bestehend aus ~~der Übersichtskarte und~~ den nachstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Fürstenau, den 10.08.1989


(Bürgermeister)



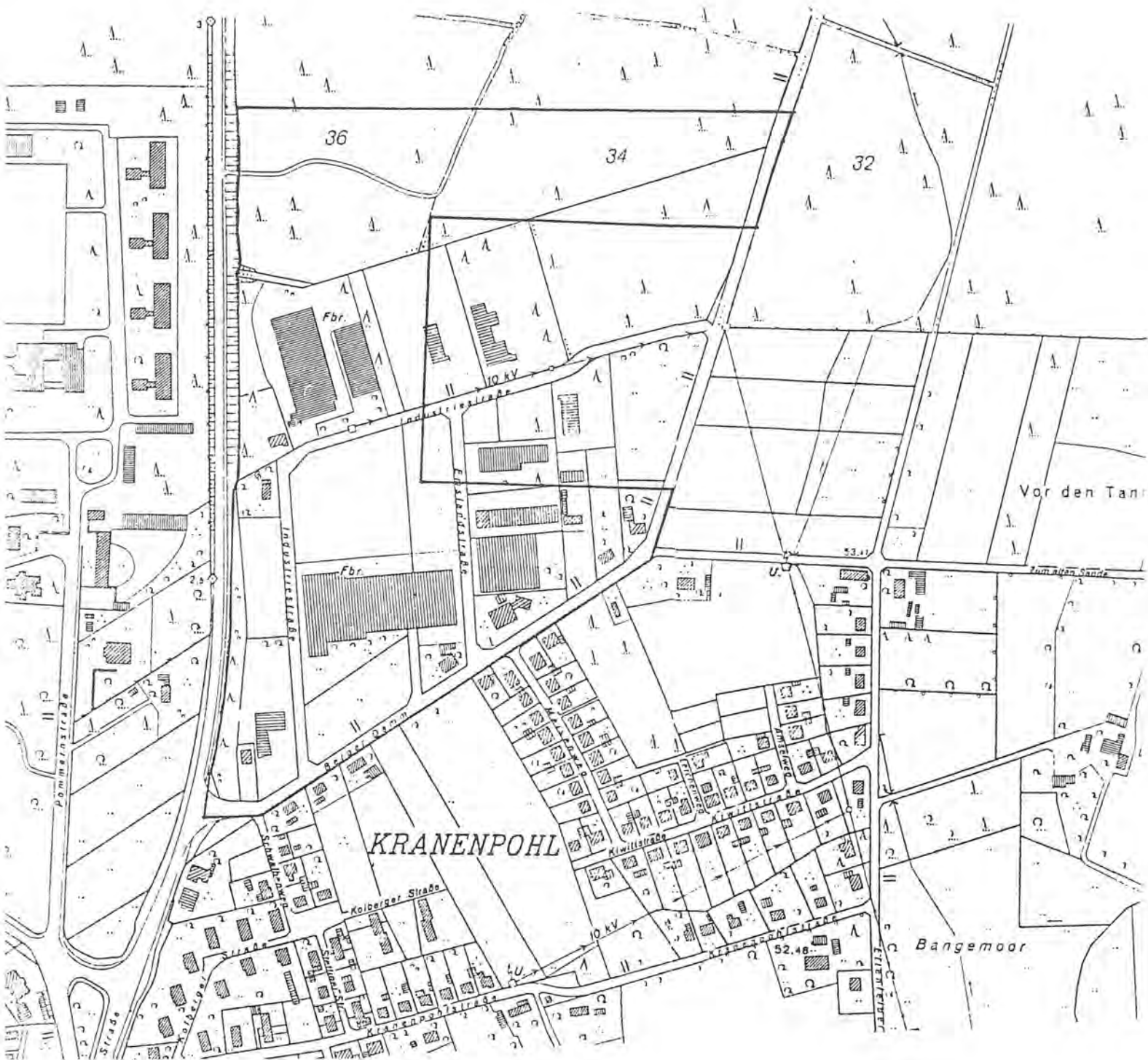

(Stadtdirektor)
In Vertretung

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" umfaßt den Teil des Ursprungsplanes, genehmigt am 22.07.1966, i.d.F. der I. Änderung, genehmigt am 23.04.1975, der nicht durch die II. Änderung des Bebauungsplanes, genehmigt am 24.06.1980, abgedeckt ist.

Die Lage des Bebauungsplangebietes in der Ortslage geht aus der nachfolgenden Übersichtskarte im Maßstab 1 : 5000 hervor (Auszug aus der DGK 1 : 5000).



§ 2 Baunutzungsverordnung 1977

Mit Inkrafttreten dieser Bebauungsplanänderung gilt für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" i.d.F. der I. Änderung, mit Ausnahme des Geltungsbereichs der II. Änderung, die Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763); zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665). Die II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" wurde bereits auf der Grundlage der BauNVO 1977 am 24.06.1980 genehmigt.

VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 08.10.1985 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Industriegebiet Kranenpohl" -III. Änderung- beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 20.04.1988 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Fürstenau, den 10.08.1989



(Stadtdirektor)
In Vertretung

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung (Darlegung und Anhörung) ist nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 BauGB vom 09.05.1988 bis 25.05.1988 in Form einer Veransth. ermöglicht worden.

Fürstenau, den 10.08.1989



(Stadtdirektor)
In Vertretung

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 21.11.1988 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 27.01.1989 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 20.02.1989 bis 21.03.1989 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentliche ausgelegen.

Fürstenau, den 10.08.1989



(Stadtdirektor)
In Vertretung

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am dem geänderten/ergänzten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute Auslegung gem. § 3 Abs. 3 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der erneuten öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des geänderten/ergänzten Bebauungsplanes und der Begründung haben vom _____ bis _____ gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Fürstenau, den _____

(Stadtdirektor)

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am dem geänderten/ergänzten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB die Beteiligung der Eigentümer der von den Änderungen/Ergänzungen betroffenen Grundstücke und Trägern öffentlicher Belange beschlossen. Den Beteiligten im Sinne von § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom _____ Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum _____ gegeben.

Fürstenau, den _____

(Stadtdirektor)

Der Rat der Stadt Fürstenau hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 10.05.1989 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Fürstenau, den 10.08.1989


(Stadtdirektor)

In Vertretung

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 3 BauGB dem Landkreis angezeigt worden.

Der **Landkreis Osnabrück**

~~Die Genehmigungsbehörde~~ hat mit Verfügung vom **20. NOV. 1989** erklärt, daß keine Verletzungen von Rechtsvorschriften geltend gemacht werden.

Osnabrück, 20. NOV. 1989

~~Genehmigungsbehörde~~

Landkreis Osnabrück
Der Oberkreisdirektor



Unterschrift

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am rechtsverbindlich geworden.

Fürstenau, den

(Stadtdirektor)

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der I. Änderung des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 215 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Fürstenau, den

(Stadtdirektor)

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten der I. Änderung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung gem. § 215 BauGB nicht geltend gemacht worden.

Fürstenau, den

(Stadtdirektor)